

Mehr Transparenz gefordert

Zwei-Standortlösung der Unimedizin beschäftigt den Ortsbeirat Lerchenberg und auch bei den Bürgern gibt es Für- und Gegensprecher

Von Elena Joser

LERCHENBERG. Die Suche nach einem zweiten Standort der Universitätsmedizin Mainz stieß im Ortsbeirat Lerchenberg auf Kritik, besonders vonseiten der CDU. Es lagen ein Antrag von ihr sowie Anfragen von SPD und Grünen vor, eine Aussprache wurde beantragt. Während Grüne die Kritik der CDU teilten, sah die SPD – insbesondere Ortsvorsteher Alper Kömür – Chancen für den Lerchenberg.

Auswirkungen auf mehrere Stadtteile befürchtet

In der Einwohnerfragestunde meldeten sich Für- und Gegensprecher zu Wort. Etwa 50 Einwohner waren erschienen. Die CDU forderte einen Bericht zur Standortsuche mit Antworten zu Verfahren, Zeitplan, Beteiligung, Alternativen, Finanzen und Klimaauswirkungen – ähnlicher Wortlaut in den Anfragen von SPD und Grüne. Markus Gillenberger (CDU) kritisierte den Informationsfluss: „Warum erfahren wir das erst aus der Presse?“ Im Bauausschuss sei „unfairerweise“ nur die Draiser Senke gezeigt worden. Sabine Gieseler (Grüne) betonte: „Wir müssen informiert werden, um die Bürger zu informieren.“ Sissi Westrich und Ralph Heinrichs (SPD) beruhigten: Es sei noch nichts entschieden. Der Antrag und die Anfragen wurden einstimmig angenommen.



Der mögliche zweite Standort der Mainzer Unimedizin im Bereich der Draiser Senke mit dem anschließenden Hang hinauf zum ZDF sorgt weiterhin für Diskussion.

Foto: Sascha Kopp

In der Aussprache ging es um die Klimabedeutung der Draiser Senke. Andreas Michalewicz (CDU) befürchtete den Verlust des Kaltluftentstehungsgebiets und Auswirkungen auf Marienborn, Bretzenheim und die Innenstadt. Mainz sei bei den Klimazielen ohnehin hintenan, sagte Marion Eberbach-Sahilliglu (Grüne): „Wie kann das ein geeigneter Standort sein?“ Gillenberger meinte polemisch, die Unimedizin schaffe sich dadurch ihre Patienten selbst. Er verwies auf einen Stadtratsbeschluss von 2015, der das Areal als „von maßgeblich klimatolo-

gischer Bedeutung“ betitelt. Heinrichs stellte klar, dies betreffe das Areal unterhalb des Medienbergs, nicht das nun diskutierte Plateau.

Das bestehende Baurecht, so Michalewicz weiter, sei für eine andere Bebauungsart gedacht, ein neues Verfahren sei nötig. Gillenberger nannte Alternativen wie Layenhof oder Hechtsheim. Kömür entgegnete, der Layenhof sei ebenso schützenswert. „Wir glauben nicht, dass eine Zwei-Standorte-Strategie funktioniert“, zweifelte Michalewicz wegen Mehrkosten, höherem Aufwand und Belastung

der Mitarbeiter an. Der Innenstadtsstandort könnte langfristig aufgegeben werden. Zudem drohe Lärm durch Helikopter und Krankenwagen.

Grüne Kritik am Strategiewechsel

Gieseler kritisierte den Strategiewechsel: Noch vor einem Jahr habe die Unimedizin an der Ein-Standortlösung festgehalten. Vermutlich habe das Land mit den zugesagten zwei Milliarden Euro den Kurs geändert. „Plötzlich ist das Areal in der Oberstadt wie eine heilige Kuh“, meinte sie. Was wiege schwerer: Natur- oder Denkmalschutz? Sie zeigte sich unsichert über die SPD-Haltung, die offenbar der des Gesundheitsministers Clemens Hoch (SPD) folge.

Kömür erinnerte Gieseler: Gesundheitsminister Hoch habe das Areal an der Koblenzer Straße präferiert und betonte, es gehe derzeit nur um Machbarkeitsprüfungen. Die Ein-Standortlösung in der Oberstadt sei komplex, teuer (4,2 Milliarden Euro), dauere bis 2055 und berge Risiken wie Erschütterungen im OP-Betrieb oder Baustellenlogistik. Die Zwei-Standortlösung sei mit 2,6 Milliarden Euro günstiger und vermutlich aus Sicht des Krisenmanagements sinnvoll. 300 Betten und die Ambulanz blieben in der Oberstadt, der zweite Standort habe 1.000 Betten, Ambulanz und Helikopterlandeplatz, mit rund

sieben Flügen täglich – was künftig ohnehin vom Krähenlärm übertüncht werde, ergänzte er polemisch. „Eine Klinik genau da zu bauen, ist ein unmögliches Ding!“, rief ein Einwohner, wurde aber ermahnt.

Chancen für die Entwicklung der Infrastruktur

„Als Ortsvorsteher geht es mir um das Wohl der Lerchenbergerinnen und Lerchenberger, aber auch um das aller Mainzerinnen und Mainzer“, sagte Kömür und forderte einen offenen und bürgerbeteiligten Prozess. Neben der besseren Gesundheitsversorgung sehe er in der Zwei-Standortlösung Chancen für die Infrastrukturentwicklung des Lerchenbergs. In der Einwohnerfragestunde wiederholte der Bürger seine Kritik: Es werde Landespolitik betrieben, statt lokale Interessen zu wahren. Das Baurecht sei veraltet, das Gebiet stehe unter Landschaftsschutz. Er vermutete politische Absprachen zwischen Land und ZDF.

Ein anderer Bürger sah Vorteile: „Eigentlich ist es doch ‘ne tolle Sache, wenn hier gebaut wird, Ärzte und Fachpersonal herziehen.“ Die Tragweite des Projekts müsse im Blick bleiben. Eine Einwohnerin warnte vor Zerstörung der Draiser Senke. Eine weitere Bürgerin forderte zu prüfen, ob in der Oberstadt nicht das Gemeinwohl über dem Denkmalschutz stehe.